

Vortrag in der Deutsch-Französischen Gesellschaft CLUNY am 22. April 2008 im Gästehaus der Universität

Weimarer Dreieck – mehr als eine Episode?

Historische Bedingungen einer besonderen Zusammenarbeit von Frankreich, Polen und Deutschland.

Das Weimarer Dreieck entstand am 28. August 1991 aus einer Konferenz der drei Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Polens in Weimar. Hans-Dietrich Genscher, Roland Dumas und Krzysztof Skubiszewski veröffentlichten damals eine gemeinsame Erklärung, in der sie sich zur Zusammenarbeit für die Zukunft Europas verpflichteten: Die Erklärung besteht aus zehn Punkten, die umfassend die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aspekte „für das Gelingen zukunftsfähiger Strukturen europäischer Nachbarschaft“ und die auch historisch begründete „maßgebliche Verantwortung“ von Deutschen, Franzosen und Polen benennen. Die Gemeinsame Erklärung bildet das Gründungsdokument des Weimarer Dreiecks, das sich seitdem zu einem Gesprächs- und Konsultationsforum der drei Länder entwickelt hat:

- Es gibt kontinuierlich trilaterale Treffen der Außenminister, jährlich reihum in Deutschland, Frankreich und Polen, die durch Zusammenkünfte auf der „Arbeitsebene“, d. h. von Staatssekretären, Ministerialdirektoren und Botschaftern, ergänzt werden. Eine Pause trat bei den Außenminister-Begegnungen 2005 ein; sie wurde erst kürzlich am 1. April 2008 in Paris beendet.
- Seit 1998 finden in zweijährlichem Rhythmus „Weimarer Gipfel“ der Staats- und Regierungschefs statt. Schon 1993 war ein Treffen der Staatspräsidenten Lech Wałęsa, François Mitterrand und Richard von Weizsäcker vorangegangen (September 1993 in Danzig). Dort verlieh die Universität Danzig den drei Präsidenten die Ehrendoktorwürde. „Weimarer Gipfel“ fanden danach in Posen (1998), in Nancy (1999), in Neustadt/Hambach (2001), in Breslau (2003), wiederum in Nancy (2005) und in Mettlach/Saar (Dez. 2006) statt. Ein nächstes Treffen ist für dieses Jahr (2008) in Aussicht genommen, ohne dass ein Termin bereits vereinbart werden konnte. – Insbesondere die ersten Tagungsorte waren historisch beziehungsreich ausgewählt: Die Stadt Posen, seit der ersten Teilung Polens 1772 bis 1918 mit der gleichnamigen Provinz zu Preußen gehörig, war im 19. Jahrhundert ein Zentrum der polnischen Nationalbewegung gewesen; das Stadtbild Nancys ist bis heute durch die Baufreude Stanisław Leszc-

zynskis geprägt. Stanisław Leszczyński wurde nach seiner Absetzung als polnischer König 1738 Herzog von Lothringen und konnte seine Tochter mit Ludwig XV. verheiraten – In der frühen Neuzeit wurde mit Dynastien und Ländern so verfahren, wie wir es heutzutage im globalen Wirtschaftsleben mit feindlichen und freundlichen Übernahmen erleben. Auf der Hambacher Schlossruine fand im Mai 1832 das erste große „Nationalfest der Deutschen“ statt, auf dem zahlreiche polnische Flüchtlinge aus dem niedergeschlagenen polnischen Aufstand von 1831 als Freiheitshelden gefeiert wurden.

Vor dem Zustandekommen des Termins im Dezember 2006 hatte es (wie ja auch bei den Außenminister-Treffen) im trilateralen Verhältnis, besonders zwischen Polen und Deutschland, gehakt: der „Gipfel“ hatte ursprünglich bereits im Sommer anlässlich des fünfzehnjährigen Geburtstags des Weimarer Dreiecks in Weimar stattfinden sollen, war aber wenige Stunden vor seinem Beginn vom polnischen Staatspräsidenten Kaczyński abgesagt worden. Die diplomatische Begründung mit gesundheitlicher Indisposition war nur eine Umschreibung dafür, wie dramatisch sich die deutsch-polnischen Beziehungen unter der Kaczyński-Regierung zugespitzt hatten: polnischer Rechtsnationalismus und unsensibler Umgang in Deutschland mit dem Thema der Erinnerung an die Vertreibung schoben die deutsch-polnische Geschichte wieder in den Vordergrund. Auf Betreiben der Bundeskanzlerin Angela Merkel kam es dann im Dezember doch noch im zeitlichen Anschluss an eine der regelmäßigen deutsch-französischen Konsultationen zum „Gipfel“ in Mettlach. Der geplante „Weimarer Gipfel“ in diesem Jahr wird – so scheint es – wieder unter einem glücklicheren Stern stehen.

- Wie die Außenminister trafen sich bald auch andere Fachminister, insbesondere für Verteidigung und Verkehr. Im November 1997 vereinbarten die Verteidigungsminister z. B. ein parallel zur NATO-Integration Polens laufendes Dreijahresprogramm der militärischen Kooperation.
- Eine wichtige inhaltliche Erweiterung der trilateralen Kontakte bedeuteten die sich seit Mitte der neunziger Jahre intensivierenden Aktivitäten auf „zivilgesellschaftlichem“ Gebiet. Es gilt seitdem, mehr Bürgernähe in das Weimarer Dreieck einzuführen. Unter dieser Devise fanden diverse Veranstaltungen statt: Deutsch-Polnisch-Französische Unternehmertage in Straßburg, in Krakau, in Thüringen. Zusammenarbeit von Handelskammern. Zahlreiche Initiativen gehen vom Deutsch-Französischen und vom Deutsch-Polnischen Jugendwerk aus. Bei solchen von hohem persönlichem Engage-

ment getragenen Kontakten zeigen sich immer wieder Schwierigkeiten mit der Dreisprachigkeit. Oft dient Englisch als Kommunikationsmittel: Kunstaussstellungen, Schriftstellerbegegnungen, Schüleraustausch, trilaterale Tagungen und Symposien gehören ins Programm. Zum Beispiel tagte im November 2007 im Historischen Museum in Berlin eine trilaterale Konferenz zum Thema: „*Strategien der Geschichtspolitik in Europa seit 1989: Deutschland, Frankreich und Polen im internationalen Vergleich*“. Der Begriff „Geschichtspolitik“ weist auf die große Bedeutung der Vergangenheit für die politischen Beziehungen hin: überkommene Geschichtsbilder beeinflussen das Miteinander der Länder und Völker und werden immer wieder politisch instrumentalisiert. Manche Anregungen zur Zusammenarbeit sind (bisher) nicht realisiert, z. B. eine Städtepartnerschaft zwischen den drei Hauptstädten Paris, Warschau, Berlin oder eine Beteiligung Polens an dem deutsch-französischen Fernsehsender *Arte*.

- Im Jahre 2006 stiftete das „Komitee zur Förderung der deutsch-französisch-polnischen Zusammenarbeit“ gemeinsam mit der Stadt Weimar den Adam Mickiewicz-Preis für Verdienste um die deutsch-französisch-polnische Zusammenarbeit. Der Preis wurde bisher zweimal vergeben: zum fünfzehnjährigen Jahrestag des Weimarer Dreiecks an seine damaligen Initiatoren Genscher, Dumas und Skubiszewski; 2007 an das Deutsch-Französische Jugendwerk (gegründet 1963) und das Deutsch-Polnische Jugendwerk (von 1991).

Zu betonen angesichts dieser zahlreichen Aktivitäten ist auch, was das Weimarer Dreieck *nicht* ist bzw. hat: kein Staatsvertrag, keine organisatorische Struktur, keine Geschäftsordnung, kein Finanzbudget. Erstmals 2005 tauchten Überlegungen auf, dem Weimarer Dreieck institutionelle Grundlagen zu geben, zum Beispiel eine Stiftung zu gründen, die als public-private-partnership der Stiftung finanzielle Fördermittel sichert, oder einen gemeinsamen Koordinator zu schaffen („Monsieur ou Madame Weimar“). – Aus deutschem Blickwinkel löst sich die Dreiecksbeziehung oft in zweimal bilaterale Beziehungen auf: Es gilt, zum einen das deutsch-französische und zum anderen das deutsch-polnische Verhältnis zu pflegen.

Auch nach diesen Kurzinformationen, die zeigen, wie Hans-Dietrich Genscher mal gesagt hat, das Weimarer Dreieck sei eine *Möglichkeit*, nicht aber eine förmliche *Institution*, bleibt die Frage offen: Was ist und will das Weimarer Dreieck? Als „*Möglichkeit*“ ist es von dem guten Willen der Beteiligten abhängig: Die Chemie zwischen ihnen muss stimmen, stimmt aber durchaus hin und wider nicht, was sich in der Störanfälligkeit der trilateralen Kontakte jedes

Mal sofort gezeigt hat. Die sich aufdrängenden semantischen Assoziationen – *Weimarer Republik*, *Weimarer Kreis* – weisen nicht gerade auf Erfolgsgeschichten hin. Ob die Berufung auf *Weimar* als Goethes Wirkungsstätte weiterhilft, ist fraglich.

- Die Weimarer Republik konnte ihre demokratische Verfassung nicht im von Unruhen erschütterten Berlin verabschieden und wich deshalb in die Provinz aus. Man hoffte auf die einheits- und harmoniestiftende Symbolik des Ortes Weimar. Doch die Republik scheiterte nach kaum mehr als zwölf Jahren und mündete in die schrecklichsten zwölf Jahre der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts.
- Weimarer Kreis heißt der Versuch einer Minderheit von Professoren im Jahre 1926, mit ihrem nachdrücklichen Bekenntnis zur demokratischen Verfassungsordnung die Weimarer Republik zu stabilisieren. Er verlief bald nach dem zweiten Treffen im Sande: geringe, manchmal nur halbherzige Beteiligung. Viele waren „Vernunftrepublikaner“ und „Herzensmonarchisten“ (Friedrich Meinecke).
- Die Bezugnahme auf das Weimar der Goethezeit hat gewiss einen eigenen Charme und erweckt freundliche oder sogar feierliche Gefühle (Punkt 10 der Gemeinsamen Erklärung) – aber vom 19. Jahrhundert führt kein direkter Weg ins späte 20. Jahrhundert.

Der Geburtstag des in Weimar gegründeten „Dreiecks“ fällt auf Goethes Geburtstag, den 28. August. Auf seiner Web-Site wird der „Mythos Weimar“ beschworen, und es wird aus Schillers „Bürgschaft“ zitiert: „Ich sei – gewährt mir die Bitte – in Eurem Bunde der Dritte“: eine Anspielung auf die bewährte deutsch-französische Freundschaft, in die Polen nun der Dritte werden soll. Der 2006 erstmalig in Weimar verliehene Adam Mickiewicz-Preis würdigt den großen polnischen Schriftsteller, der Goethe 1829 zu dessen 80. Geburtstag in Weimar besuchte, dem ein Denkmal in Weimar gewidmet ist und der 1840 Professor am Collège de France in Paris wurde. Mickiewicz repräsentiert die freundschaftliche Hinwendung vieler Polen zum Westen – eine ermutigende Reminiszenz.

In Bezug auf die deutsch-französischen Beziehungen überliefert das kollektive Gedächtnis zu Goethes Weimar unterschiedliche Erinnerungen. Nach der Schlacht bei Jena und Auerstedt im Oktober 1806 wurde die Stadt von französischen Truppen besetzt und geplündert. Goethe

stand solchen Begleiterscheinungen der Kriegführung entsetzt und wie erstarrt gegenüber, während seine Lebensgefährtin Christiane couragiert die eindringenden Soldaten mit einer Ohrfeige verblüffte und dadurch den Frieden des Geheimrats und seines Hauses rettete. Goethes Hochachtung vor dem Kaiser Napoleon blieb übrigens davon unberührt, ganz ähnlich auch die seines Freundes und Dichterkollegen Christoph Martin Wieland, der in Goethe und Napoleon sogar vergleichbare Heroen sah. Als zur Ostermesse 1808 Goethes Faust (1. Teil) erschien, schrieb Wieland bewegt: „... *Könnte man nicht mit [...] Recht sagen: Göthe sei in der Poetischen Welt was Napoleon in der Politischen? Können nicht beide alles was sie wollen, und wollen sie nicht immer das Unglaublichste u Beyspielloseste, und wissen es doch so zu behandeln und herbey zu führen, dass es zugleich das Natürlichste scheint?*“ Diese Sätze sind Ausdruck herzlicher französisch-deutscher Gemeinsamkeit. Nur kurze Zeit später jedoch hieß es ganz anders. Im Furor der Befreiungskriege war Napoleon zur Inkarnation des französischen Erbfeinds geworden.

Der Name des Weimarer Dreiecks ist also nicht schon von selbst verheißungsvoll, hat gleichwohl Aufforderungscharakter, jetzt endlich im späten 20. und vollends im 21. Jahrhundert aus der Geschichte zu lernen und eine bessere Periode der nachbarschaftlichen Beziehungen zu gestalten. Idee und Motivation des Dreiecks verdienen vor dem Hintergrund der europäischen Geschichte unsere Unterstützung und fördernde Zustimmung. Sein Gründungsdatum im Jahre 1991 fällt in eine Epoche tief greifender Umgestaltung Europas: das Ende der sozialistischen Herrschaft jenseits des Eisernen Vorhangs, schwierige demokratische Reformprozesse in den Staaten Ostmitteleuropas und die Vereinigung der beiden deutschen Staaten – sie lag im August 1991 noch kein Jahr zurück. Weimar lag in der DDR, und das benachbarte Buchenwald ist nicht nur Symbol, sondern realer Ort der nationalsozialistischen Verbrechen.

Das Weimarer Dreieck existiert lange genug, um Streit über seinen Wert und seine Effizienz ausgelöst zu haben. Es hat Zeichen gesetzt für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit, aber es hat auch Missverständnisse und Interessengegensätze, die zu Krisen eskalierten, gegeben. Es ist einerseits totgesagt worden, andererseits wurde seine Unverzichtbarkeit konstatiert. Seltsamerweise liest man nie Anspielungen auf die sprichwörtliche Schwierigkeit von „Dreiecksverhältnissen“, obwohl sich der Vergleich doch aufdrängt. Im Bedürfnis, der trilateralen Zusammenarbeit einen höheren Sinn zu verleihen, sind sogar fatale Anleihen bei überwunden geglaubten Semantiken bemüht worden: „*Die im Weimarer Dreieck zusammengeschlossenen Partner verkörpern die drei Archetypen des Kontinents, das lateinische, das germanische und*

das slawische Element“, heißt es bei den drei Autoren Ludger Kühnhardt, Henri Ménéudier und Janusz Reiter in einem ansonsten informativen und nachdenklichen Aufsatz aus dem Jahre 2000. In ihrer dreisprachig veröffentlichten Schrift setzen die Autoren diese Aussage zwar in einer Weise fort, die vermuten lässt, dass ihnen das Argumentieren mit derartigen Rassenkategorien selbst nicht geheuer ist; aber die aphoristische Wendung „Archetyp“ ist sofort zum geschätzten Zitat in zahlreichen Beiträgen avanciert, ohne dass gefragt wird, was wohl andere sog. „lateinische“, „germanische“ und „slawische“ Völker Europas bei dieser Rang- oder Typenbildung empfinden.

Die trilateralen Treffen auf den verschiedenen Ebenen sind zu einer stattlichen Anzahl herangewachsen. Gegensätzliche Meinungen über seine Erfolge hängen ganz offensichtlich nicht zuletzt mit unterschiedlichen Erwartungen zusammen. Denn in den vergangenen bald sieben Jahren haben sich, bisweilen unbemerkt von uns Zeitgenossen, der Zweck und die Aufgaben des Weimarer Dreiecks gewandelt. In Festreden, wie bei ritualisierten Anlässen üblich, gibt es außerdem oft einen Überhang an blumigen Formulierungen, was übersteigerte Erwartungen begünstigen kann.

Im geschichtlichen Rückblick ist es üblich, drei Phasen im Weimarer Dreieck zu unterscheiden: eine erste Phase von der Gründung 1991 bis zum Dezember 1997, also bis zur offiziellen Aufnahme Polens als Beitrittskandidat für die EU; eine zweite Phase bis zur offiziellen Mitgliedschaft Polens in der EU am 1. Mai 2004 und eine dritte seitdem währende Phase, in der Polen als gleichberechtigtes Mitglied in der EU mitwirkt.

Diese Phaseneinteilung stellt Ziel und Zweck des Weimarer Dreiecks in unmittelbarem Zusammenhang mit Polens erstrebter Mitgliedschaft in die EU – eine Sichtweise, die mindestens einseitig, wenn nicht sogar irreführend ist. Bei der Gründung im August 1991 ging es nicht direkt um Polens Einbeziehung in die EU. Und im weiteren Verlauf zeigten sich ganz andere Einschnitte im Miteinander der drei Staaten – Einschnitte, die zum einen durch die historisch gewachsenen Vorurteilsstrukturen in den drei Ländern ausgelöst werden und zum anderen aus aktuellen Interessenkonstellationen resultieren. Erst seit den späten neunziger Jahren geht es dann in der Tat meistens um die Verhandlungen und Auseinandersetzungen innerhalb der EU. Ich möchte mich nicht auf die Integrationsprobleme der EU einlassen, sondern konzentriere mich auf die Funktion des Weimarer Dreiecks. Dazu sind als erstes die historischen Belastungen und Bedingungen zu betrachten – nicht um das Miteinander zu problematisieren, sondern

im Gegenteil, um zu betonen, dass allein Einsicht in die Lasten der Vergangenheit sowohl die Voraussetzung zur Vertrauensbildung als auch die Möglichkeit, Streitfragen zu überwinden, schafft (1). Zweitens resümiere ich mich die Motive, die jeden der drei Partner zur Zusammenarbeit bewegten (2). Drittens und abschließend greife ich die Frage im Titel meines Vortrags auf: Was heißt „Episode“ und was will das Fragezeichen sagen? (3).

1.) Ausdrücklich in der Gründungsphase, implizit bis heute steht das Weimarer Dreieck vor der Aufgabe, Wege der Gemeinsamkeit über die leidvolle Vergangenheit hinweg in ein friedvolles Europa zu bahnen. Den Historikern in allen drei Ländern kommt hier eine besondere Verantwortung zu, denn die Geschichtsschreibung war es auch, die in der Vergangenheit mit nationalideologisch motivierten Fehldeutungen die Gräben zwischen den Völkern vertieft, wenn nicht aufgerissen hat. Es gibt mittlerweile ermutigende Beispiele für Revisionen der Geschichtsdarstellungen: Das jüngste ist das gemeinsame deutsch-französische Unternehmen eines Schulgeschichtsbuchs, dessen zweiter Band soeben in Berlin vorgestellt wurde. Schon seit den späten siebziger Jahren sind von einer gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchkommission „Empfehlungen“ für den Geschichtsunterricht erarbeitet worden. Deutschland steht bei dieser Aufgabe besonders in der Pflicht, weil es im 20. Jahrhundert der größte Friedensstörer in Europa war. Die Feindschaft des Deutschen Reiches zu Frankreich einerseits und zu Polen andererseits reicht weit ins 19. Jahrhundert zurück. In dieser leidvollen Vergangenheit, in dem Lernen daraus, liegt der Schlüssel für das erstrebte Zusammenwirken Deutschlands mit Frankreich und Polen:

Zu Frankreich:

Bei einem Vortrag bei CLUNY ist es gerechtfertigt, dass ich mich, was das deutsch-französische Verhältnis betrifft, kurz fasse. Außerdem können wir auf jahrzehntelanger intensiver Zusammenarbeit und vielfältigen Kontakten aufbauen, so dass Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland nicht nur eine Vision, sondern Wirklichkeit ist. Gleichwohl erfahren wir auch im deutsch-französischen Verhältnis immer noch viel zu oft, wie langlebig Vorurteile über den jeweiligen Nachbarn sind, in wie langsamer Zeitbewegung sich mentale Einstellungen und Verhaltensweisen wandeln. Auch in sprachlichen Wendungen leben (unbemerkt) vergangene, unfriedliche Verhältnisse fort: Zum Beispiel: *Le Monde* schrieb neulich bei der Vorstellung des deutsch-französischen Geschichtsbuchs von Historikern „de chaque côté du Rhin“. Der Rhein als sog. natürliche Grenze Frankreichs gehört ebenso wie das Gegenstück – „der Rhein, Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenze“ (Ernst Moritz Arndt)

– in das Arsenal der Kampfbegriffe im 19. Jahrhundert. Ausgeprägt haben sich diese Vorurteilsstrukturen schon um die Wende um 1800 (was nicht heißt, dass ihre Latenzphase nicht weiter zurückreicht). Aber im Zeitalter der Romantik verbanden sich die damals beliebten Ideen über die jeder Nation eigentümlichen Nationalcharaktere oft damit, den eigenen Nationalcharakter über alle anderen emporzuheben. In der zwanzigjährigen Kriegszeit von der Französischen Revolution bis zum Ende der Napoleonischen Ära bildete sich der Topos von der „Erbfeindschaft“ zwischen Deutschland und Frankreich heraus. In beiden Nationen färbte dann der im Laufe des 19. Jahrhunderts zur mächtigsten Ideologie anschwellende Nationalismus die Lehre von den Nationalcharakteren immer aggressiver ein. Einen Gipfelpunkt erreichte die sog. „Erbfeindschaft“ im deutsch-französischen Krieg von 1870/71: Die deutsche Reichsgründung als Triumph des militärischen Sieges über Frankreich in Versailles zu installieren, zeugt von unsäglich politischer Ungeschicklichkeit. Mag *innenpolitisch* Bismarcks Kalkül aufgegangen sein – eine gedeihliche *außenpolitische* Nachbarschaft war dadurch ausgeschlossen. Dennoch verehrten viele gebildete Bürger(innen) im Kaiserreich die französische Kultur, besonders seine bildende Kunst und Literatur, jedoch ohne Resonanz im politischen Raum. Die permanente Spannung zwischen Frankreich und dem Deutschen Reich lebte als gefährlichster Krisenherd bis zum Ersten Weltkrieg fort und darüber hinaus: Elsass-Lothringen blieb als Streitobjekt bestehen; ebenso das kaum zu befriedigende Sicherheitsbedürfnis Frankreichs gegenüber seinem östlichen Nachbarn, das sich z. B. in der militärischen Besetzung des Ruhrgebiets 1923 niederschlug. Der Versuch des deutschen Außenministers Gustav Stresemann und des französischen Ministerpräsidenten Aristide Briand, 1925 mit dem Locarno-Vertrag eine Kehrtwende einzuleiten, stieß in der öffentlichen Meinung beider Länder auf heftige Opposition (daran änderte auch der Friedensnobelpreis von 1926 nichts). Nebenbei: Ein dem Locarno-Vertrag ähnliches Abkommen mit Polen zog in Deutschland damals niemand, auch Stresemann nicht, in Erwägung. Im deutsch-französischen Verhältnis blieben „Revanche“, „Rache“ und „Revision“ die ständigen Schlagworte. Daran änderte sich nichts, als die deutsche Wehrmacht im Mai 1940 in Frankreich einmarschierte, weite Teile Frankreichs besetzte und die Regierung im freibleibenden Frankreich nur duldete, weil sie nicht viel mehr als eine Marionette des nationalsozialistischen Deutschlands war. –

Nach dem Zweiten Weltkrieg, nach drei mörderischen Kriegen zwischen Frankreich und Deutschland war die Aussöhnung mit Frankreich das wichtigste Ziel der Bundesregierung, an erster Stelle des Bundeskanzlers Konrad Adenauer. Es brauchte viele kleine Schritte, auch unterstützt durch zivilgesellschaftliches Engagement, wie z. B. der Deutsch-Französischen

Gesellschaft CLUNY: besiegelt wurde die deutsch-französische Annäherung im Elysee-Vertrag vom 22. Januar 1963.

Eine Generation später, im Jahre 1991, diente der Elysee-Vertrag zum Vorbild für die Gründungsidee des Weimarer Dreiecks. Ziel war die Aussöhnung des größer gewordenen Deutschlands mit dem demokratischen Polen, und der deutsche Partner Frankreich sollte dabei helfen.

Zu Polen:

Mit nur wenigen Lichtblicken gestaltete sich das Verhältnis zwischen Deutschen und Polen im 19. Jahrhundert als ein dunkles Kapitel. Von einem Verhältnis zwischen Staaten kann man historisch korrekt gar nicht sprechen. Denn abgesehen davon, dass es bis 1871 keinen deutschen Staat gab: Seit dem späten 18. Jahrhundert, als Polen in drei Akten von den Großmächten Russland, Österreich und Preußen aufgeteilt wurde und als Staat von der Landkarte verschwand, existierte kein selbständiges Polen – bis 1918. Die Aversionen zwischen den beiden Nationalitäten nahmen im Laufe des Jahrhunderts ständig zu, angefacht durch Nationalismus und Rassismus einerseits und durch machtpolitische Interessen andererseits. Am Ende des Ersten Weltkriegs, von Historikern heute oft die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts genannt, erreichte nicht nur die deutsch-französische sog. „Erbfeindschaft“ einen neuen Gipfel, sondern auch die Feindseligkeit zwischen dem Deutschen Reich und dem nach 120 Jahren als souveräner Staat wiedererstandenen Polen, in den auch die ehemals preußischen Teilunggebiete einbezogen wurden. Der Erste Weltkrieg, dessen Ergebnisse in Deutschland weder die Regierungen noch die Öffentlichkeit akzeptiert hatten, vergiftete das politische Klima auf dem europäischen Kontinent und kulminierte im Zweiten Weltkrieg, als das nationalsozialistische Deutschland die Hegemonie in Europa und damit auch über Frankreich und Polen herbeizwingen wollte. In Osteuropa wurde der Krieg als Vernichtungskrieg geführt; hier waren die Menschenopfer am höchsten, und er war von einer kühlen Verachtung gegenüber einer sog. minderwertigen Rasse, den Slawen, geprägt. Am Ende standen die systematische Zerstörung Warschaus – Paris blieb von einem solch wahnwitzigen Akt verschont – und dann Flucht und Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den unter polnische Verwaltung gestellten deutschen Ostgebieten. In einer langen Zeitspanne von 1944/45 bis in die späten sechziger Jahre herrschte als Folge des Kalten Krieges politische Sprachlosigkeit zwischen der Bundesrepublik und Polen. Trotz des offiziellen Status als Bruderstaaten blieb auch das Verhältnis DDR und Volksrepublik Polen frostig.

Die Nachbarschaft zwischen Polen und Deutschen ist bis in unsere Gegenwart belastet. Im 19. Jahrhundert brachte der Nationalismus wie überall auch eine polnische Nationalbewegung hervor, die mit der Forderung nach der Wiederherstellung Polens eine besondere Brisanz in der europäischen Politik erhielt. Immer wieder kam es in den von Polen bewohnten Regionen in Russland, Preußen und Österreich zu kleineren und größeren Aufständen. Der heftigste brach nach der französischen Julirevolution von 1830 im russischen Teil des Teilungsgebietes aus (Februar bis Oktober 1831); er konnte erst nach mehreren Monaten von russischem Militär niedergeschlagen werden. Dieser überall in Westeuropa als heldenhaft bewunderte Kampf der kleinen polnischen Nation löste auch bei deutschen Liberalen eine riesige Sympathiewelle aus. In vielen Städten gründeten Männer, aber auch Frauen, „Polenvereine“. Sie wollten mit Geldsammlungen und Wohltätigkeitskonzerten ihre Verbundenheit mit den Polen ausdrücken. Zahllose „Polengedichte“ feierten den polnischen Freiheitskampf. Zum Beispiel Gustav Schwab, Ihnen vielleicht als Verfasser der *Sagen des klassischen Altertums* bekannt: Schwab dichtete nicht nur selbst, sondern trat auch als erster mit deutschen Übersetzungen von Adam Mickiewicz hervor, und das, obwohl er gar nicht Polnisch konnte. Die deutsche Nationalbewegung begrüßte den Aufstand als Symbol der Freiheitsforderungen aller europäischen Völker. Als die polnischen Flüchtlinge, die 1831/32 aus ihren Internierungslagern gen Westen ausreisen durften, ihren Transit durch Deutschland nahmen, wurden sie, wohin sie auch kamen, emphatisch gefeiert. Dass die meisten deutschen Staaten, an erster Stelle Preußen, den Flüchtlingen kein Asyl gewährten (Preußen verbot sogar den Transit durch seine Westprovinzen), steigerte die Begeisterung noch. Denn sie enthielt zugleich einen deutlichen Protest gegen die eigenen Regierungen, die seit 1819 (Karlsbader Beschlüsse) alle nationalen Regungen verfolgten und mundtot zu machen versuchten. Den Gipfel erreichten die Bekundungen der deutsch-polnischen Freundschaft Ende Mai 1832 auf dem Hambacher Fest, als dort eine große Gruppe polnischer Freiheitskämpfer eintraf. Es kam zu Verbrüderungsszenen auf der Rednertribüne und unter den Teilnehmern.

Doch schon bald erwies sich die Polenbegeisterung als Strohfeuer. In der achtundvierziger Revolution setzte die Frankfurter Nationalversammlung auf einen möglichst mächtigen deutschen Nationalstaat. Ein Verzicht auf die von nationalen Minderheiten (Polen, Dänen, Franzosen, Italiener) bewohnten Gebiete des Deutschen Bundes kam für die Mehrheit der Abgeordneten in der Paulskirche nicht in Frage, auch nicht zu Gunsten der Wiederherstellung eines polnischen Staates. In einer leidenschaftlichen Parlamentsdebatte machte sich unverhohlen nationaler Chauvinismus breit: Kleinen Nationen wurde die Fähigkeit zur Staatsbildung gene-

rell bestritten, und das Schicksal des geteilten Polens wurde zum Beweis dieser Unfähigkeit angeführt.

In den Jahrzehnten nach der Revolution konnte die preußische Regierung, weithin unbehelligt von parlamentarischer Opposition, eine immer rigider werdende Germanisierungspolitik in den preußischen Provinzen Posen und Westpreußen durchführen: immer weiter ausgedehntes Verbot der polnischen Sprache in Schulen, auf Ämtern, vor Gericht; Behinderung und Verfolgung der polnischen katholischen Kirche; forcierte Ansiedlung von Deutschen in den mehrheitlich polnisch bewohnten Regionen. Bei dem im Jahre 1861 erneut ausbrechenden polnischen Aufstand in Russisch-Polen leistete die preußische Regierung diplomatische und militärische Unterstützung zur Niederschlagung. Durch die in der zweiten Jahrhunderthälfte ungeheuer populär werdenden Rassentheorien radikalisierte sich die Geringschätzung der als minderwertige Rasse eingeschätzten slawischen Polen in Gegenüberstellung zu den germanischen Deutschen. Das schlug sich auch in der Haltung zu den polnischen Wanderarbeitern aus Russisch-Polen nieder, die in immer größerer Zahl von den ostelbischen Gutsbesitzern angeworben wurden. Im Kaiserreich fanden heftige Diskussionen über die angeblich drohende „Entdeutschung“ des deutschen Ostens statt. Für das deutsch-französischen Verhältnis spielte im Vergleich dazu der Rassismus keine Rolle; allerdings lebte die Verachtung gegenüber dem „welschen“ Nationalcharakter fort. – Trotz allem gab es auch im deutsch-polnischen Verhältnis immer Beispiele einer kulturellen Beziehungsgeschichte mit gegenseitiger Faszination und Zusammenarbeit.

Das Deutsche Reich fand sich nach dem Ersten Weltkrieg nur langsam zu normalen diplomatischen Beziehungen innerhalb Europas bereit, insbesondere nicht zu dem wiedererrichteten Polen. Polen war das erste Ziel der deutsch-sowjetischen Aggression zu Beginn des Zweiten Weltkriegs. Nach dessen Ende verhärtete sich die Feindseligkeit gegenüber Polen vollends wegen der von den Alliierten festgelegten Oder-Neiße-Grenze. Die Bundesrepublik lehnte es jahrzehntelang ab, auf die Gebiete östlich von Oder und Neiße zu verzichten und die Grenze als endgültig anzuerkennen. Die Grenzfrage zu Polen war der härteste *innenpolitische* Streitpunkt in der Neuen Ostpolitik Willy Brandts, auch nachdem *außenpolitisch* die Entscheidung für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze vollzogen war. Pionierarbeit für eine Annäherung an Polen ging von zivilgesellschaftlichem Engagement aus: von den sich in vielen Städten gründenden „Deutsch-polnischen Gesellschaften“. Die DDR erlaubte keine Manifestationen der öffentlichen Meinung, aber auch dort gab es Stimmungen in der Bevölkerung gegen

die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, z. B. während des Aufstands vom 17. Juni 1953 in Görlitz. Erst der demokratische Wandel in Osteuropa und das Verschwinden des Eisernen Vorhangs schufen neue politische Voraussetzungen für eine Aussöhnung mit Polen, machte sie zugleich besonders dringend wegen zunehmender Kontakte über die Grenze hinweg.

2.) Bei Gründung des Weimarer Dreiecks standen alle europaweiten Aufgaben ganz am Anfang: Es ging darum, die politische und ideologische Kluft zwischen Westen und Osten zu überwinden, dem neuen Europa ein zukunftsfähiges Profil zu geben und allen europäischen Völkern westliche Werte der Demokratie und eines freiheitlichen Lebens zu ermöglichen. Polen, das früh und nachdrücklich seine Zugehörigkeit zum Westen angemeldet hatte und das viele Fäden mit dem Westen verbanden, bot sich als Gesprächspartner für die Fortsetzung der von Frankreich und Deutschland mehr als eine Generation vorher beschrittenen Politik an. Dabei betonten die drei Partner, dass sich ihre Dreierkonstellation gegen niemanden richte und niemanden ausschließe. Das Auswärtige Amt erklärte ausdrücklich, das Dreieck sei kein Präzedenzfall für neue geometrische Figuren der Außenpolitik. Diese Absicherung gegen möglichen Argwohn vor einem Alleingang der Drei verwandelte sich später, in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre, in die offensiv formulierte Aussage – nun meistens auf den Fortgang der europäischen Integration bezogen – das Weimarer Dreieck könne und solle ein *Motor für Europa* sein. Ob „Motor“, „Herz“ oder „harter Kern“ – alle Metaphern mussten relativ unkonkret bleiben, weil Sonderkoalitionen im EU-Vertragswerk nur in sehr eingeschränkten Ausnahmefällen erlaubt sind. Dennoch lassen sich konkrete Motive eines jeden Partners für ihren Dreierbund erkennen. Das Maß ihrer Vereinbarkeit bestimmt das Funktionieren des Weimarer Dreiecks (oder sein Nichtfunktionieren).

Für Polen stand die angestrebte Westbindung an erster Stelle. Um dieses Ziels willen argumentierten polnische Politiker mit dem „gemeinsamen europäischen Kulturerbe“ und mit „jahrhundertealten Verbindungen Polens, Frankreichs und Deutschlands“ (Byrt, polnischer Botschafter in Berlin, 2002). Politisch hieß „Westbindung“ zum einen Anschluss an die NATO, wofür Polen vornehmlich die Zusammenarbeit mit den USA suchte, und zum anderen Aussicht auf Integration in die EU, wofür besonders das zögerliche Frankreich gewonnen werden musste. Ein Weg dahin sollte über Deutschland, den Partner Frankreichs, laufen. Deutschland erschien den Polen als ein verlässlicher Förderer ihrer Ziele. Das von regem Austausch und wachsenden Kooperationen erfüllte deutsch-polnische Verhältnis wurde einer starken Belastungsprobe ausgesetzt, als der *Bund der Vertriebenen* Initiativen entfaltete, ein

„Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin zu gründen. Der Verdacht, in Deutschland sollten die Rollen von Opfern und Tätern vertauscht werden, erbitterte die polnische Öffentlichkeit sehr und erhielt obendrein weitere Nahrung, weil eine 2000 gegründete private Gesellschaft, die *Preußische Treuhand GmbH*, in der Mitglieder auch des *BdV* aktiv waren, Ansprüche auf Rückgabe von ehemals deutschem Eigentum anmeldete und 2006 Klage beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ankündigte. Ein Regierungswechsel in Polen im Herbst 2005, der mit einer nationalkonservativen Wende eine dezidiert deutschlandkritische Politik verband, verschärfte den Konflikt über das „Zentrum gegen Vertreibungen“ nochmals. – Die Positionen der polnischen Regierungen wichen bisweilen stark von den deutschen oder französischen ab: insbesondere gegenüber dem Irak-Krieg und der EU-Verfassungsfrage. Erst neuerdings, nach den Wahlen vom Oktober 2007 mit neuerlichem Regierungswechsel, scheint sich Entspannung im Verhältnis zur Bundesrepublik anzubahnen. Der mehrjährige Konflikt hinterließ Verletzungen – auf beiden Seiten. Dennoch kann er als ein Beispiel dafür gelten, dass eine von Kräften und Personen getragene Politik, die beharrlich auf Ausgleich und Versöhnung zielt, schließlich Früchte trägt.

Für Frankreich stellte sich der Wandel in den europäischen Mächtekonstellationen als Status- einbuße dar: Sowohl die deutsche „Wiedervereinigung“ als auch die früh artikulierte Bereitschaft der Bundesregierung zu einer Osterweiterung der EU trugen dazu bei. Frankreich begünstigte deshalb das Weimarer Dreieck, um seinen Führungsanspruch in Europa zu dokumentieren und in deutsch-polnische Verhandlungen einbezogen zu sein. Die gegenwärtig diskutierten Pläne des französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy, eine Mittelmeerunion zu gründen, sind auch ein aktuelles Beispiel für den Willen zur französischen Machtbehauptung in Europa. Darüber hinaus zeigt sich das französische Interesse am Weimarer Dreieck nicht besonders engagiert, zumal es konkreten Herausforderungen ausgesetzt ist. Zum Beispiel sind beide Staaten Konkurrenten in der EU-Agrarpolitik. Polens Haltung zum Irak-Krieg ließ Frankreich argwöhnen, Polen sei ein trojanisches Pferd der Vereinigten Staaten in der EU. Denn Ende Januar 2003 gehörte Polen zu den Absendern des „Briefes der Acht“, die ihre Solidarität mit der Bush-Regierung bekundeten. Der „Brief der Acht“ erweckte den Eindruck, für Europa zu sprechen, obwohl die Initiative nicht mit den anderen EU-Staaten abgestimmt war. Auch in dieser kritischen Situation bewährte sich das Weimarer Dreieck als ausgleichender Faktor: auf dem „Gipfel“-Treffen im Mai 2003. Die Konflikte im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg sind also mehr ein Zeichen dafür, dass Europa insgesamt in zwei Lager zu zerfallen drohte, als dass es eine Unzulänglichkeit des Weimarer Dreiecks anzeigen würde.

Die wichtigste Funktion besaß das Weimarer Dreieck für die Bundesregierung. Nicht umsonst bevorzugte Außenminister Genscher statt des Ausdrucks „Dreieck“ den des „Bogens“, um die nach den erfolgreichen „4 plus 2-Gesprächen“ größer gewordene Bundesrepublik mit Hilfe seiner unmittelbaren Nachbarn in die neue europäische Ordnung einzufügen. Die deutsch-französische Freundschaft diene – im deutsch-polnischen Verhältnis fehlte eine solche ermutigende Tradition – als eine Trumpfkarte. Was gegenüber Frankreich gelungen war, sollte jetzt zur Aussöhnung mit Polen führen. Immer wieder betonten die Bundesregierungen, angesichts der *„Irrwege deutscher Geschichte“* (Joschka Fischer, 2001) gebe es eine besondere historische Verantwortung der Deutschen gegenüber Polen. Polens Weg nach Westen zu unterstützen, war ein Element dieser Politik, beim wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau in Polen zu helfen ein anderes, nicht zuletzt auch deshalb, weil eigene wirtschaftliche und politische Interessen für eine Öffnung nach Osten sprachen. Maßnahmen auf politischer Ebene wurden überall durch bilaterale Kontakte und Gründungen von Komitees und Gesellschaften zur Zusammenarbeit begleitet und gefördert. Der wissenschaftliche und kulturelle Austausch wächst von Jahr zu Jahr.

Die drei Partner stimmten darin überein, dass der Elysee-Vertrag ein Modell für die Annäherung und Freundschaft zwischen Polen und Deutschland sein könne. Damit war zweifellos auch die Einsicht verbunden, dass es eines längeren Prozesses bedürfe, denn der Elysee-Vertrag war ja nicht vom Himmel gefallen; vielmehr hatte es bis zu seiner Unterzeichnung viel Zeit und viele einzelne Schritte, Rückschritte inbegriffen, gekostet. Doch das Weimarer Dreieck will nicht bilaterale, sondern trilaterale Beziehungen fördern. Darin liegt ein praktisches Problem: Der Elysee-Vertrag kann ein ermutigendes Modell für andere bilaterale Freundschaften sein; für einen dritten Partner, in diesem Falle Frankreich, sieht er konkret kaum eine über den Initiationsimpuls hinausgehende Rolle vor.

3.) Mehr als eine Episode? – Die Idee des Weimarer Dreiecks hat in der Aufbauphase eines neuen Europas nach 1990 gezündet. Es ermöglichte insbesondere den beiden großen Mächten auf dem westeuropäischen Kontinent, Frankreich und Deutschland, frühzeitig richtige Schritte zur Integration der ostmitteleuropäischen Staaten zu tun. Polen kommt dabei eine Schlüsselposition zu. Das Weimarer Dreieck hat die in es gesetzten Erwartungen erfüllt – alles in allem hervorragend. Nach nur sechs Jahren konnte beschlossen werden, Polen und weitere ost- und mitteleuropäische Staaten als Beitrittskandidaten für die EU aufzunehmen. Trotz weltpoliti-

scher Erschütterungen durch die Terrorakte vom 11. September 2001 und den Irakkrieg schritt die Aufnahme-prozedur fort, so dass die EU zum 1. Mai 2004 sieben neue Mitglieder, darunter Polen, aufnahm. Über die förmlichen Akte hinaus schuf das Weimarer Dreieck eine belastbare Grundlage für wechselseitige Beziehungen.

Die Aufgaben, die das Weimarer Dreieck zu erfüllen hatte, waren zunächst zeitlich begrenzt, dennoch möchte ich nicht von einer „Episode“ sprechen, da diesem Ausdruck eine völlig unpassende Vorstellung von Folgenlosigkeit anhaftet. Es gibt keinen Anlass, jetzt etwa die gewohnten Treffen und Konsultationen einzustellen. Die sich abzeichnende größere Bürgernähe durch die unterschiedlichsten Begegnungen und Aktivitäten verdient im Gegenteil und hat es nötig, ausgebaut zu werden. Noch haben wir in Europa wahrlich nicht zuviel zivilgesellschaftliches Engagement! Meines Erachtens liegt eine Stärke des Weimarer Dreiecks darin, dass es keine bürokratische Institution ist, sondern – wie Hans Dietrich Genscher oft betont hat – eine *Möglichkeit* – eine Möglichkeit, Gemeinsamkeiten zu entdecken, Verschiedenheit zu erkennen und zu akzeptieren, Grenzen zu überwinden.

Das führt mich zu einer zweiten Funktion, die dem Weimarer Dreieck vor allem aus deutscher Sicht auferlegt ist. Die Deutschen standen nach dem furchtbaren Zweiten Weltkrieg vor der fast unlösbaren Aufgabe, ihren europäischen Nachbarn Abbitte zu leisten, Schaden, wenn möglich, gutzumachen und eine Wiederaufnahme in die Völkergemeinschaft zu erringen. Eine Versöhnung mit Frankreich wurde 1963 vertraglich besiegelt, wobei der Elysee-Vertrag von beiden Seiten als Auftrag, nicht schon als Erfüllung der Versöhnung verstanden wurde. Die Teilung Europas durch den Eisernen Vorhang hat eine Fortsetzung der Versöhnungspolitik nach Osten lange Zeit verhindert. Seit den siebziger Jahren zeigt sich zwar als ein Zeichen politischer Entspannung zunehmendes zivilgesellschaftliches Engagement. Was Polen betrifft, ist die Arbeit der Deutsch-Polnischen Gesellschaften hervorzuheben. Aber erst nach dem Fall des Eisernen Vorhangs gab es einen Durchbruch auf offizieller Ebene. Das Weimarer Dreieck hat die Chance zum Reden miteinander ganz früh ergriffen und hat durch Verstetigung von Kontakten eine Gesprächskultur wachsen lassen, die nicht nur in guten Momenten funktionierte, sondern sich auch in Streitfällen bewährte. Das ist eigentlich das größte Lob, das man einer Einrichtung aussprechen kann: die *Möglichkeit* zum einigenden Dialog.